Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Redaction eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 18 part. u. Königsplatz 7.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,750.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 50 Mk.
mit Postbeförderung 60 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 357. Donnerstag den 23. December 1886. 80. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Infolge der durch den starken Schneefall eingetretenen allgemeinen Verkehrsunterbrechung auf den Eisenbahnen und Landstraßen können Packete mit oder ohne Werthangabe, sowie Geldbriefe, nach auswärts bei den Postanstalten in Leipzig und in den Vororten von Leipzig **bis auf Weiteres** nicht mehr angenommen werden.

Sobald eine Annahme von Packeten und Werthsendungen wieder erfolgt, wird dies durch Bekanntmachung in den Tagesblättern und durch Schalteraushang bei den Postanstalten veröffentlicht werden.

Leipzig, den 22. December 1886.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.
Walter.

Bekanntmachung.

Zum Zwecke der Einkommensteuerhebung auf das Jahr 1887 werden gegenwärtig diejenigen Beitragspflichtigen, deren Einkommen nicht zweifellos unter dem Betrage von 1600 ℳ bleibt, zur schriftlichen Declaration ihres Einkommens unter Zufertigung eines Declarationsformulars und unter Einräumung **einer zehntägigen, vom Tage der Behändigung ab zu berechnenden Frist, deren Versäumniß den Verlust des Reclamationsrechtes für das Steuerjahr 1887 nach sich zieht,** aufgefordert.

Gleichzeitig wird in Gemäßheit von §. 33 der zum Einkommensteuergesetze vom 2. Juli 1878 erlassenen Ausführungs-Verordnung vom 11 October desselben Jahres hierdurch bekannt gegeben, daß auch Denjenigen, welchen eine Declarationsaufforderung nicht zugesendet wird, es freisteht, eine Declaration über ihr Einkommen

bis zum 3. Januar 1887

im Stadthause, Markt Nr. 3, 3. Etage, einzureichen, woselbst auch Declarationsformulare unentgeltlich in Empfang genommen werden können.

Im Weiteren werden auch alle Vormünder, ingleichen auch alle Vertreter von Stiftungen, Anstalten, Personen, Vereinen, liegenden Erbschaften und anderen mit dem Rechte des Vermögenserwerbs ausgestatteten Vermögensmassen aufgefordert, für die von ihnen bevormundeten Personen, bezw. für die von ihnen vertretenen Stiftungen, Anstalten u. s. w., soweit dieselben ein steuerpflichtiges Einkommen beziehen, Declarationen an obengedachter Expeditionsstelle auch dann einzureichen, wenn ihnen deshalb besondere Aufforderungen nicht zugehen sollten.

Leipzig, den 27. November 1886.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Gehlig.

Holz-Auction.

Freitag den **31. December** c. sollen im Forstreviere **Connewitz** auf dem Holzschlage in A. Abth. 20/25 von Vormittags 9 Uhr an

ca. 100 **Haufen starker harter Abraum**
und
„ 100 „ **Schlagreisig (Langhaufen)**

unter den im Termine öffentlich anhängenden Bedingungen und gegen die übliche Zahlung meistbietend an Ort und Stelle verkauft werden.

Zusammenkunft: auf dem Holzschlage an der **Connewitzer Linie,** unweit der **weißen Brücke.**

Leipzig, am 17. December 1886.

Des Raths Forst-Deputation.

Bauplatz-Versteigerung in Reudnitz.

Ein dem Johannishospitale gehöriger, in der **Flur Reudnitz** an der **Ecke** der **Hohenzollern-** und der **Thonberger Hauptstraße** gelegener **Bauplatz** mit einer Straßenfront von 19.07 Meter an ersterer und 17.00 Meter an letzterer, sowie einem Flächengehalt von 321.9 Quadratmeter soll

Mittwoch, den 5. Januar kftg. Js.,
Vormittags 11 Uhr,

in **Saale der Alten Waage** hier, Katharinenstraße Nr. 1, 2. Etage, **zum Verkaufe versteigert** werden.

Der Versteigerungstermin wird pünctlich zur angegebenen Stunde eröffnet, die Versteigerung selbst aber geschlossen werden, wenn nach dreimaligem Ausrufe kein Weiteres Gebot mehr erfolgt.

Die Versteigerungsbedingungen nebst Situationsplan liegen auf dem Rathhaussaale hier, 1. Etage, zur Einsichtnahme aus und es sind Exemplare der ersteren in der Sportelcasse I. ebendaselbst, Zimmer Nr. 2, für 1 ℳ verkäuflich.

Leipzig, den 18. December 1886.

Der Rath der Stadt Leipzig.
I.a 6371. Dr. Georgi. Cerutti.

Nicolai-Gymnasium.

Anmeldungen zur Ostern-Aufnahme werden in der Woche vom 10. bis 15. Januar 1887 (Sprechstunde 12—1 Uhr) angenommen. Ersteres wird die Vorlegung des letzten Schulzeugnisses.

Leipzig, den 15. December 1886. Dr. Mayhoff.

Verkaufsgewölbe.

In dem Universitätsgrundstück „zum goldenen Bär" benannt, Universitätsstraße Nr. 11, soll das letzte kleine Verkaufsgewölbe nach der Schulerstraße zu

Donnerstag, den 30. December 1886,
Vormittags 11 Uhr,

vom 1. April 1887 ab auf drei Jahre an den Meistbietenden, jedoch mit Vorbehalt der Auswahl unter den Bietenden, vermiethet werden.

Reflectanten wollen sich zu vorbezeichneter Zeit im Universitäts-Rentamte einfinden. Die Mietationsbedingungen sind vorher daselbst einzusehen.

Leipzig, am 22. December 1886.

Universitäts-Rentamt.
Gebhardt.

Asche-Abfuhre.

Die Abfuhr von Asche und Kehricht in sämmtlichen Universitäts-Grundstücken (ca. 300 Fuhren jährlich) beabsichtigt man vom Jahre 1887 ab an den Mindestfordernden, jedoch mit Auswahl unter den Reflectanten, zu vergeben.

Gefällige Offerten werden bis

30. December 1886 Abends 6 Uhr

in das unterzeichnete Rentamt, wo auch die näheren Bedingungen einzusehen sind, erbeten. Reflectanten bleiben 14 Tage lang an ihre Offerte gebunden.

Leipzig, am 22. December 1886.

Universitäts-Rentamt.
Gebhardt.

Nichtamtlicher Theil.

Russische und deutsche Preßstimmen.

Die Antwort der „Nordd. Allg. Ztg." auf den Freundschaftsartikel des russischen „Regierungsanzeigers" ist ein merkwürdiges Actenstück und kennzeichnet die gegenwärtige politische Lage besser als irgend ein anderes öffentliches Zeugniß. Die „Nordd. Allg. Ztg." beschränkt sich darauf, an ihre unmittelbar nach dem Staatsstreich vom 21. August erlassene Erklärung zu erinnern, daß deutsche Interessen in Bulgarien nicht in Frage stehen, und mit Bezug darauf ihre Freude darüber auszusprechen, daß der russische „Regierungsanzeiger" diese Thatsache anerkenne und demgemäß die Uebergriffe aussprache, daß Deutschland fortfahren werde, sich aller Handlungen zu enthalten, welche sowohl die Würde Rußlands, als seine Interessen zu dessen östlichen Glaubensbrüdern berühren könnten. Der deutsche Einfluß sei unentwegt auf die Erhaltung des allgemeinen Friedens gerichtet gewesen ohne irgend eine Beimischung derjenigen Sonderinteressen, welche die deutschfeindlichen Blätter ihm zugeschrieben hätten, und die Leitung der deutschen Politik sei in diesen Bestrebungen durch die Artikel der unter Privateinwirkung schreibenden russischen Presse niemals irre gemacht worden, weil ihr Vertrauen auf die Weisheit und Charakterfestigkeit des Kaisers von Rußland stets unerschüttert geblieben sei.

Hier ist also von dem Organ des Fürsten Bismarck der Unterschied ganz offen hervorgehoben, welcher zwischen den Bestrebungen der Panslawisten und den persönlichen Absichten des Kaisers von Rußland besteht. Es fragt sich, ob dieser Unterschied wirklich besteht, oder ob der scheinbare Widerspruch in den amtlichen und privaten Kundgebungen der russischen Presse nur als politisches Hilfsmittel benutzt wird, um die letzten Zwecke der russischen Politik um so sicherer zu erreichen. Als Kaiser Alexander von der Krim in Moskau eintraf und dort von dem Metropoliten und dem Stadtoberhaupt mit Anreden kriegerischen Inhalts empfangen wurde, suchte man auch die Vorstellung zu verbreiten, daß der Kaiser ganz anderer, friedlichere Pläne verfolge und nur der öffentlichen Meinung Rußlands ein Zugeständniß mache, wenn er ihren Kundgebungen nicht offen und scharf entgegentrete. Diese Auffassung hat durch den Staatsstreich vom 21. August und seine Folgen, besonders aber durch die Sendung des Generals Kaulbars eine so gründliche Widerlegung gefunden, daß die Erinnerung an den Irrthum der Vergangenheit dadurch nahezu ausgetilgt ist. Heute zweifelt Niemand mehr an der Absicht des Kaisers von Rußland, Bulgarien vollständig dem russischen Einfluß zu unterwerfen und jede Unabhängigkeitsregung der Bulgaren zu unterdrücken. Aber gerade das ist es, worauf es ankommt, weil Oesterreich-Ungarn und England für die unabhängige Entwickelung der Balkanstaaten, insbesondere Bulgariens eintreten.

Die „Nordd. Allg. Ztg." hält daran fest, daß deutsche Interessen in Bulgarien nicht in Frage stehen; das genügt aber Rußland nicht. Der russische „Regierungsanzeiger" verlangt vielmehr, daß Deutschland sich aller Handlungen enthält, welche die Würde Rußlands antasten könnten. Die Würde Rußlands ist ein sehr weiter, vielbeutiger Begriff, unter welchen offenbar auch die Bestimmungen des Berliner Friedens fallen, welche die staatliche Gestaltung Bulgariens betreffen. Wenn also Deutschland in Bulgarien auch nicht deutsche Interessen zu vertreten hat, so gehört es doch zu den Unterzeichnern des Berliner Friedens und hat deshalb dort europäische Gesammtinteressen zu wahren. Diese Interessen fallen nach russischer Auffassung unter den Begriff der Würde Rußlands; denn Rußland hat es nicht unter seiner Würde gehalten, durch den General Kaulbars die unerhörtesten Eingriffe in die inneren Angelegenheiten Bulgariens zu begehen. Und General Kaulbars trat als der unmittelbare Vertreter des Kaisers von Rußland in Bulgarien auf, dessen Maßregeln von dem Regierungsorgane ausdrücklich als dem Willen des Kaisers entsprechend bestätigt worden sind. Hier liegt der letzte Punct, um welchen es sich in den Angriffen der russischen Politik gegen die deutsche Presse handelt. Die russische Presse macht Deutschland den Vorwurf des geheimen Widerstands gegen Rußlands bulgarische Politik, weil Deutschland das Auftreten des Generals Kaulbars in Bulgarien nicht zu billigen vermochte. Aber ungeachtet dieser Mißbilligung ging die deutsche Zurückhaltung so weit, daß die Schritte, welche Oesterreich-Ungarn, eine Deutschland eng verbündete Macht, gegen die russische Einmischung in Bulgarien unternommen hat, durchaus selbständig geblieben sind und in Deutschland keinerlei officielle oder officiöse Unterstützung gefunden haben. Rußland ist jedoch in Ansehung Bulgariens so empfindlich, daß es auch den Tadel der öffentlichen Meinung Deutschlands nicht vertragen kann und die deutsche Regierung für die antirussische Haltung der deutschen Presse verantwortlich macht. Das ist das Zeichen einer vollständigen Verkennung der thatsächlichen Verhältnisse. Deutschland hat alle Ursache, die russische Regierung für die deutschfeindliche Haltung der panslawistischen Presse verantwortlich zu machen, aber Rußland ist nicht berechtigt, die Kritik, welche die deutsche Presse an der bulgarenfeindlichen Politik Rußlands übt, auf den Einfluß der deutschen Regierung zurückzuführen. Im Gegentheil hat die deutsche Leitung der auswärtigen Politik die größte Noth, die Freundschaft mit Rußland aus politischen Rücksichten im Gegensatz zu der sehr begründeten Abneigung der öffentlichen Meinung Deutschlands gegen Rußland aufrecht zu erhalten.

Es ist ein unsagbar großes Zugeständniß, welches die „Nordd. Allg. Ztg." dem russischen „Regierungsanzeiger" macht, wenn es die Kundgebungen der unter Privateinwirkung stehenden russischen Presse der Weisheit und Charakterfestigkeit des Kaisers von Rußland gegenüberstellt, ein solches Zugeständniß macht die öffentliche Meinung Deutschlands nicht. In Deutschland hält man sich, unabhängig von der Regierungspolitik, an die Thatsachen. Man fragt, welche Beweggründe Rußland bestimmen, große Truppenmassen nach dem Königreich Polen zusammenzuziehen, warum in Sebastopol ganz ungewöhnliche Kriegsvorbereitungen getroffen werden, weshalb endlich im Auslande eine russische Anleihe von einer halben Milliarde zum Abschluß zu bringen versucht wird. Truppenbewegungen und Kriegsvorbereitungen können nur im Auftrage des Kaisers von Rußland geschehen, damit haben die unter Privateinwirkung stehenden Preßorgane nichts zu thun; wenn also der russische „Regierungsanzeiger" den Wunsch ausdrückt, daß die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland noch lange Jahre fortbestehen mögen, so sucht man vergeblich nach einer ausreichenden Erklärung für die offenbaren Kriegsvorbereitungen Rußlands.

Wenn Rußland entschlossen ist, seinen Willen in Bulgarien im Widerspruch mit dem Oesterreich-Ungarns und Englands durchzusetzen, so kann das nur in dem Falle ohne Betheiligung Deutschlands an der Entscheidung geschehen, daß Rußland die Bestimmungen des Berliner Friedens achtet. Rußland ist sich aber sehr wohl bewußt, daß das nicht möglich ist, und daher der Grimm gegen Deutschland, welches zu den Bürgen dieses Friedens gehört. Die panslawistische Presse Rußlands befindet sich nicht sowohl im Widerspruche mit den Absichten des russischen Kaisers, als sie die Aufgabe hat, diesen Absichten friedliche und unverfängliche Motive unterzulegen. Das ist natürlich eine fast unmögliche Zumuthung, aber die Erfahrung während der bulgarischen Krisis hat gelehrt, daß die russischen Consuln in Bulgarien mit dem General Kaulbars bemüht waren, die Sendung desselben als den Ausfluß der wohlwollendsten Gesinnungen des russischen Kaisers gegen das bulgarische Volk darzustellen. Warum sollte also die russische „Privatpresse" nicht auch in diesem Sinne wirken und der bulgarischen Angelegenheit lediglich die friedliche Seite abgewinnen können? Für Rußland kommt es gegenwärtig darauf an, an die Stelle der Regentschaft russische Werkzeuge zu bringen und unter deren Einwirkung einer russischen Marionette den bulgarischen Thron zu verschaffen. Dazu soll Deutschland die Hand bieten, das wird es aber schwerlich thun.

* * *

* Der vorstehend erwähnte inspirirte Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", die Beziehungen Deutschlands zu Rußland betreffend, hat folgenden Wortlaut:

Es ist erfreulich, aus der letzten vielfach besprochenen Mittheilung des russischen „Regierungsboten" entnehmen zu können, daß das Cabinet von St. Petersburg die Insinuationen gewisser Blätter, wonach Deutschlands geheime Einwirkung die Ursache der bulgarischen Schwierigkeiten sei, entschieden zurückweist und als grundlose bösartige Verdächtigung bezeichnet. Auch kann nur mit Befriedigung bemerkt werden, daß der „Regierungsbote" auf die zahlreichen gemeinschaftlichen Lebensinteressen hinweist, welche Deutschland und Rußland mit einander verbinden und die schon zu wiederholten Malen die Probe bestanden haben.

Wir unserseits haben uns niemals entschlagen können, daran zu glauben, daß die Tonart der russischen Zeitungen der Ausdruck der russischen Politik sei. Diejenigen europäischen Blätter, die deutsche mit inbegriffen, für deren politische Richtung die guten Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland als ein Hinderniß erscheinen, sind natürlich bemüht gewesen, das Gegentheil als zweifellos hinzustellen, um die auf diese Weise gelegten Keime zu Verstimmungen zwischen beiden Ländern zur Entwickelung und Reife zu bringen. Für die französischen Revanchepolitiker ist die Feindschaft zwischen Deutschland und Rußland etwas Erspähtes, man kann sagen ein Bedürfniß; für englische Auffassungen ist das Zusammenhalten der drei Kaisermächte eine Unbequemlichkeit; den polnischen Bestrebungen endlich erscheint der Krieg gegen Rußland als das erste Erforderniß. Der polnische Einfluß auf diejenigen russischen Blätter, welche gegen Deutschland hetzen, hat deshalb auch einen sehr wahrnehmbaren Beitrag zu den Preßkämpfen beider Nationen geliefert. Aber auch in Deutschland selbst finden solche deutschfeindliche Interessen und Bestrebungen Unterstützung, da die regierungsfreundlichen deutschen Parteien, die einstweilen im Reichstage die Majorität haben und die für politische und bulgarische Interessen wärmere Gefühle hegen als für die deutschen — in der Freundschaft zwischen Deutschland und Rußland eine willkommene Unterlage ihrer Politik erblicken. Wenn die regierungsfreundliche Presse und die von ihr beherrschte äußerlich erkennbare öffentliche Meinung einen entscheidenden Einfluß auf die Regierungspolitik hätte, so würde Europa sich schon seit Monaten im vollen Kriege befinden — Deutschland nicht ausgenommen. Glücklicherweise reicht die Macht der Presse noch nicht so weit, weder in Deutschland, noch in Rußland, und die Politik des deutschen Reiches ist namentlich in der bulgarischen Frage, niemals auch nur im Mindesten durch die Organe der demokratischen, polnischen und Centrumsquartiere beeinflußt worden.

Die deutsche Politik hat unbeirrt an der Ueberzeugung festgehalten, daß, wie an dieser Stelle wiederholt und vom ersten Augenblicke an gesagt worden ist, deutsche Interessen in Bulgarien nicht in Frage stehen. Wir freuen uns, daß das amtliche russische Blatt diese Thatsache anerkennt, indem es die Ueberzeugung ausspricht, „daß Deutschland fortfahren werde, sich aller Handlungen zu enthalten, welche sowohl die Würde Rußlands, als auch seine Interessen zu dessen östlichen Glaubensbrüdern berühren könnten".

Der deutsche Einfluß ist unentwegt auf die Erhaltung des allgemeinen Friedens gerichtet gewesen, ohne irgend eine Beimischung derjenigen Sonderinteressen, welche die deutschfeindlichen Blätter ihm zugeschrieben haben; und die Leitung der deutschen Politik ist in diesen Bestrebungen durch die Artikel der unter Privateinwirkung schreibenden russischen Presse niemals irre gemacht worden, weil ihr Vertrauen auf die Weisheit und Charakterfestigkeit des Kaisers von Rußland stets unerschütterlich geblieben ist.

Zu diesem inspirirten Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" geben die gleichfalls officiösen „Berliner Politischen Nachrichten" den folgenden nicht eben mißverständlichen Commentar:

Die Quittung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" auf das neuliche Communiqué des russischen „Regierungsanzeiger" liegt nunmehr vor und ist in einer Weise ausgefallen, wie sie nach Maßgabe der zwischen Berlin und St. Petersburg bestehenden officiellen Beziehungen kaum anders erwartet werden konnte. Sicherlich hat Niemand Grund, es zu bemängeln, wenn ein Blatt von der Stellung des genannten sich von der Tendenz und dem Wortlaut der russischen Kundgebung befriedigt zeigt und dieser Befriedigung entsprechenden Ausdruck leiht; das soll aber andererseits auch nicht dahin führen, dem Artikel des russischen „Regierungsanzeiger" eine weiter gehende Bedeutung beizulegen, als er sie in Ansehung der thatsächlich gegebenen Verhältnisse verdient. Letzterer aber liegen allerdings nicht ganz so vertrauenerweckend, um die einlenkende Stimme eines einzigen, wenn auch noch so autoritativen russischen Preßorgans der öffentlichen Meinung als hinreichendes Aequivalent für unliebsame Wahrnehmungen auf anderen Gebieten erscheinen zu lassen. Es ist ein gut Ding um Friedens- und Freundschaftsbetheuerungen in der Presse, sobald diese mit den positiven Thatsachen in Einklang sich befinden. Wo das aber nicht oder nicht in erwünschtem Maße der Fall, da können die constituirtesten Gewißungen doch auf der Seite, für die sie bestimmt sind, nur eine recht bedingte Genugthuung erzeugen.

So sehr man es begreifen kann, daß der russische „Regierungsanzeiger" sich zum Dolmetscher einer für Deutschland entgegenkommenden Kundgebung macht, so wenig ist in der Hauptsache damit gewonnen. Man wird verstehen, was wir meinen, wenn wir daran erinnern, daß das Organ des bekannten Pub ssen Katkow, die „Moskowskija Wedomosti", sich bis heute nicht nur nicht bewogen gefunden hat, die mehrerwähnte Kundgebung des russischen „Regierungsanzeiger" zur Kenntniß ihrer Leserkreise zu bringen, sondern auch keinen Anstand nahm, am Tage eben jener Veröffentlichung Deutschland in heftiger Weise anzugreifen. Dieses Symptom dürfte von Niemandem unterschätzt werden, dem die ganz exceptionelle agitatorische Wochenstellung bekannt ist, deren Herr Katkow in den weitesten Kreisen der politisch in Betracht kommenden Bevölkerung Rußlands gewicht, und wovon man sich bei uns kaum eine zutreffende Vorstellung macht.

Das Gepräge, welches das Gebahren der Katkow und Genossen unserer Gegenwart aufdrückt, ist ein von den Tendenzen des russischen „Regierungsanzeiger" grundverschiedenes, und ihm mag es nicht in letzter Linie mit zuzuschreiben sein, wenn heute überall von militärischen Vorsichtsmaßregeln geredet wird. Vergessen wir auch nicht der von unserer und der österreichischen Grenze signalisirten russischen Truppen-Ansammlungen, sowie der Bestrebungen, eine russische Anleihe, über deren Zweck ein undurchdringliches Dunkel schwebt, auf den europäischen Plätzen zu placiren. Ueber solche am Maßstabe der Realität gemessene, sehr schwer ins Gewicht fallende Momente hilft eine einzige versöhnliche Preßkundgebung nicht so ohne Weiteres hinweg; wenigstens müßten irgendwo Anzeichen wahrnehmbar werden, daß Schritte im Gange sind, die Thaten mit den Worten in Uebereinstimmung zu bringen. Wenn das Einlenken des „Regierungsanzeiger" auf die deutsche Presse nicht diejenige Wirkung hervorgebracht hat, welche den Inspiratoren jenes Blattes vorgeschwebt haben mag, so dürfte darum vielleicht nicht zum Wenigsten das Zusammentreffen jener Kundgebung mit dem vom General Boulanger aufgeführten Friedensschauspiele Schuld sein, welches gerade à propos kam, um unserer parlamentarischen Opposition gegen die Verstärkung der nationalen Wehrkraft eine Stütze zu geben. Um das nochmals zu wiederholen: wir unterschätzen den Werth der Kundgebung des russischen „Regierungsanzeiger" gewiß nicht und schließen uns den Worten der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vorbehaltlos an; wenn wir dabei auch das Gebiet der Thatsachen zur Erwägung herangezogen haben, so thaten wir dies nur, um die öffentliche Meinung vor Ueberschätzung einer einzelnen Friedensstimme zurückzuhalten.

Leipzig, 23. December 1886.

* In der am 20. d. M. unter dem Vorsitz des Staatsministers, Staatssecretärs des Innern von Boetticher abgehaltenen **Plenarsitzung des Bundesraths** machte zunächst der Vorsitzende Mittheilung von dem seitens des Reichstages zu dem Entwurf eines Gesetzes über die Controle des Reichshaushalts und des Landeshaushalts von Elsaß-Lothringen für 1886/87 zu der Denkschrift über die Ausführung der Anleihe-Gesetze und zu der Bekanntmachung wegen Aufnahme der Albumin-Papierfabriken unter die genehmigungspflichtigen Gewerbeanlagen gefaßten Beschlüssen. Sodann fand die Wahl eines nichtständigen Mitgliedes des Reichsversicherungsamts aus der Zahl der Mitglieder des Bundesraths statt. Dem Antrage Bayerns, betreffend die Abänderung des Etats der Zoll-Verwaltungskosten für das Königreich Bayern, wurde zugestimmt, von mehreren Eingaben, welche gesetzliche Maßnahmen zur Hemmung des Niedergangs der deutschen Landwirthschaft bezwecken, Kenntniß genommen, dem Hauptsteueramt Duisburg die Ermächtigung zur Abfertigung des mit dem Anspruch auf Steuervergütung ausgehenden Zuckers ertheilt. Nachdem noch beschlossen worden war, die durch den Bundesrathsbeschluß vom 27. Mai d. J. für unfallversicherungspflichtig erklärten Betriebe der Bau-Schreiner („Tischler") und Einsetzer den Holz-Berufsgenossenschaften, die Betriebe der Bauschlosser und Anschläger dagegen den Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaften (beziehungsweise der Rheinisch-Westfälischen Maschinenbau- und Kleineisenindustrie-Berufsgenossenschaft) zu überweisen, gelangten zum Schluß Eingaben wegen Zollbehandlung verschiedener Gegenstände zur Verhandlung.

* Die Commission des Reichstags für Vorberathung des von den Abgeordneten Kayser und Genossen eingebrachten **Gesetzentwurfs,** betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung (Coalitionsfreiheit der Arbeiter rc.), besteht aus den Abgeordneten Ackermann, Brömel, Buhlmann, Gebert, Schriftführer, Geiger, Freiherr v. Gise, v. Gramatzki, Hahn, Dr. Hartmann, Schriftführer, Kayser, Körner, Dr. Lieber, Meister, Oechelhäuser, Baron Goeth v. Olenhusen, Pfafferott, v. Reinbaben, Schmitt, Dr. Schneider, Schrader, Stellvertreter des Vorsitzenden, Struckmann, Vorsitzender.

* Ueber die Taktik der Deutschfreisinnigen und der Centrumspartei gelegentlich der Berathung der Militärvorlage bemerkt die „Nationalliberale Correspondenz":

Die Deutschfreisinnigen und die Centrumspartei versuchen hinsichtlich der Beschlüsse der Militärcommission eine Art Legendenbildung zu verbreiten, der nachdrücklich entgegengetreten werden muß. Die Sachlage wird so dargestellt, als ob die beiden Parteien bezw. die Commission eigentlich Alles mit ganz unerheblichen Minderungen bewilligt hätten, was der Kriegsminister forderte; die Regierung aber und die Parteien der Rechten wollten zu Wahlzwecken um jeden Preis einen Conflict und wiesen daher die „hochherzigen" Anerbietungen zurück. Mit Darstellungen in dieser Tonart soll der „Entrüstung" entgegengearbeitet werden, von der man trotz aller scheinbaren Geringschätzung insgeheim des Herzens doch lebhaft berührt empfindet. Diese Darstellungen stehen aber mit der Wahrheit in erheblichem Widerspruch. Zunächst ist nicht wahr, daß die Commission material Alles bewilligt hat; sie hat volle 18,000 Mann verweigert. Das Centrum wollte allerdings, wie Herr Windthorst sich wiederholt äußerte, „den letzten Mann und den letzten Groschen" bewilligen. In den verschlechterten Beschlüssen der Commission aber sind jene 18,000 Mann in der Versenkung verschwunden. Sodann aber wird leichthin über einen Gegenstand hinweggegangen, der mindestens von gleicher Wichtigkeit ist, wie die numerische Verstärkung. Seit Jahr und Tag erörtert man jetzt im Hinblick auf den nahen Ablauf des Septennatsgesetzes vom 1880 die künftige Militärvorlage. Die numerische Verstärkung der Armee spielte in dieser Erörterung eine ganz nebensächliche Rolle, daß eine solche zu erwarten sei, wußte man überhaupt erst seit ganz kurzer Zeit. Als der Kernpunct des Streits galt bisher immer die Frage der Dauer der Bewilligung. Um das Septennat wurde mit mehr gekämpft als um ein paar tausend Mann mehr oder weniger. Und das mit vollem Recht. Es ist principiell und sachlich von der höchsten Wichtigkeit, den Bestand und die Organisation unseres Heeres auf eine einigermaßen längere Dauer festzustellen und sie nicht unausgesetzt in Wahl- und Parteikämpfen hin- und herzerren zu lassen. Und was hat die Commission beim das Centrum und die Deutschfreisinnigen in dieser Frage der Heitmann zugestanden? Eine drei- und bei einem Theile der neuen Formationen sogar nur eine einjährige Frist, d. h. jener Wahlkampf soll sich um die Militärfrage drehen und außerdem soll sie auch noch